

«Wie wäre ein neues Gesetz?»

Das Urteil gegen einen 55-jährigen Liechtensteiner wegen sexuellen Missbrauchs von Unmündigen sorgt für Diskussionen. Doch die Regierung ist bereits daran, Delikte gegen Leib und Leben künftig stärker zu gewichten.

DESIRÉE VOGT

VADUZ. Die Anklage: Sexueller Missbrauch und Missbrauch des Autoritätsverhältnisses an sechs Opfern. Wiederholt und über einen langen Tatzeitraum. Das Urteil: Eine Freiheitsstrafe von 21 Monaten, wobei 7 Monate im Gefängnis verbüsst werden müssen und der Rest auf drei Jahre bedingt ausgesprochen wird. Ist dieses Urteil gerecht? Nein, sagt die Staatsanwaltschaft klar und spricht damit zahlreichen Menschen aus dem Herzen, die sich auf dem sozialen Netzwerk Facebook wütend und entsetzt geäussert haben.

«Eine Kuscheljustiz»

«Das Urteil ist ein Skandal!» oder «Wir haben eine richtige Kuscheljustiz. Das Urteil ist ein Schlag ins Gesicht aller Opfer und ihrer Familien», so nur zwei von zahlreichen Einträgen, die nach der Berichterstattung über den Missbrauchsfall auf «Stammtisch Liechtenstein» gemacht wurden. Ginge es nach dem Grossteil der Kommentierenden, müssten Foto und Name des Täters veröffentlicht werden. Kein Verständnis zeigen sie zudem dafür, dass ein Sexualdelikt wie dieses weniger schwer bestraft wird als so manches Vermögensdelikt. «Man sieht ja, wo bei uns die Prioritäten liegen. Zerstört das Leben eines Kindes – davon gibt es ja genug. Hinterziehe Steuern – ein No-Go.» Auch andere User finden das unerträglich. «Nimm einem reichen Geldsack einen Rappen und du wirst des Lebens nicht mehr froh. Traumatisiere ein Kind, sieben Monate Gefängnis und dann weitermachen. Das Kind kann ja in Therapie», verschafft jemand seinem Ärger Luft. Und ein anderer warnt schliesslich: «Wacht doch endlich auf! Es geht nicht mehr lange so weiter und wir haben ein riesiges Problem. Die Hemmschwelle ist so tief wie nie auf der ganzen Welt und man redet immer alles schön. So ein Kasperletheater, wie unser



Bild: iStock

Eine Arbeitsgruppe hat bereits Vorschläge vorgebracht, inwiefern Änderungen im Sexualstrafrecht geändert werden sollen. Sexual- und Körperverletzungsdelikte sollen künftig im Vergleich zu Vermögensdelikten härter bestraft werden.

Rechtssystem ist, ist ein absoluter f...»

Was geändert werden soll

Was also tun? «Wie wäre es mit einem neuen Gesetzesentwurf?», wird in einem weiteren Kommentar nachgefragt und darüber gerätselt, was das Volk nun tun kann. «Man müsste wirklich etwas machen und das nicht einfach fassungslos akzeptieren», so die Feststellung.

Diesbezüglich hat der Leitende Staatsanwalt Robert Wallner erfreuliche Nachrichten: «Die Regierung hat einer Arbeitsgruppe, der ich angehöre, die Ausarbeitung einer Reform des Strafgesetzbuches aufgetragen. Dabei soll es auch zu einer Überarbeitung der Strafrahmen kommen», informiert er. Sexual- und Kör-

perverletzungsdelikte sollen im Vergleich zu Vermögensdelikten zukünftig schwerer bestraft werden. Die Reform solle sich an einer dazu in Österreich bereits in Kraft getretenen Novelle orientieren.

Das bestätigt Justizminister Thomas Zwiefelhofer. Die Regierung habe bereits mit Beschluss vom 25. September 2015 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche damit beauftragt worden sei, den konkreten Handlungsbedarf für einen möglichen Nachvollzug des österreichischen Strafrechtsänderungsgesetzes 2015 aufzuzeigen. In ihrem Bericht vom Juni 2016 habe die genannte Arbeitsgruppe unter anderem vorgeschlagen, die mit Strafrechtsänderungsgesetz 2004 in Österreich

vorgenommenen Änderungen im Sexualstrafrecht nachzuvollziehen. Das betreffe insbesondere die Anhebung der Strafuntergrenze bei der Vergewaltigung und der Strafdrohung für die qualifizierte geschlechtliche Nötigung. Aber auch Anpassungen im Bereich des sexuellen Missbrauchs einer wehrlosen oder psychisch beeinträchtigten Person an den Tatbestand der Vergewaltigung werden thematisiert.

Zudem soll eine inhaltliche Erweiterung der Qualifikationen beim sexuellen Missbrauch von Unmündigen erfolgen und der Tatbestand der sittlichen Gefährdung von Personen unter sechzehn Jahren ausgedehnt werden – ebenso wie der Tatbestand der Anbahnung von Sexu-

alkontakten zu Unmündigen. Weitere Punkte sind die Anhebung der Strafdrohungen bei der Förderung der Prostitution und pornografischer Darbietungen Minderjähriger, die Anhebung der Strafdrohungen bei der Zuhälterei, die Ausdehnung der Reichweite des Tätigkeitsverbots und die obligatorische Gewährung von psychosozialer Prozessbegleitung Unmündiger, die in ihrer sexuellen Integrität verletzt worden sein könnten.

«Die Arbeitsgruppe arbeitet derzeit einen Vernehmlassungsbericht zuhanden der Regierung aus», so Zwiefelhofer. Insgesamt solle wie vor Kurzem in Österreich eine stärkere Gewichtung der Delikte gegen Leib und Leben gegenüber Vermögensdelikten erfolgen.

17-Jährige noch in kritischem Zustand

TRIESENBERG/SALEZ. Nach der Attacke in einem Zug bei Salez vom vergangenen Samstag befindet sich die 17-jährige Triesenbergerin weiter in kritischem Zustand. Eine 43-jährige Frau, die ebenfalls schwer verletzt wurde, konnte inzwischen das Spital verlassen. Dies sagte Roman Dobler, Sprecher der St. Galler Staatsanwaltschaft, gestern auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA. Die sechsjährige Tochter der 43-jährigen Frau befindet sich noch im Spital. Über die Ermittlungen zur Tat und den Motiven des Täters sagte Dobler nichts Neues.

Durch die Gewalttat in einem Regionalzug der Südostbahn (SOB) waren eine 34-jährige Frau und der 27-jährige Täter ums Leben gekommen. Fünf weitere Personen wurden verletzt, drei davon schwer. (red./sda)

Atemschutz für Feuerwehrleute

VADUZ. Von Mittwoch, 24., bis Samstag, 27. August, wird in Vaduz unter der Leitung von Kurskommandant Martin Konrad, Vaduz, der Fachkurs Atemschutz für Feuerwehrleute durchgeführt. Den 24 Teilnehmern aus den Gemeinde- und Betriebsfeuerwehren werden dabei die Grundkenntnisse im Atemschutz vermittelt.

Sie werden auf ihre zukünftigen Aufgaben an vorderster Front vorbereitet. In realitätsnahen Übungen, welche grösstenteils auf der Übungsanlage des



Amtes für Bevölkerungsschutz stattfinden, erlernen die Teilnehmer das Handwerk im Lösch- und Rettungsdienst unter erschwerten Bedingungen wie Hitze, Dunkelheit und Rauch. Ausserdem werden Kenntnisse in Wartungs- und Retablierungsarbeiten an den Geräten vermittelt. Die praktischen wie auch die theoretischen Lektionen findet im Feuerwehrdepot Vaduz statt. (ikr)

Stiftungsrat neu bestellt

VADUZ. Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 17. August den Stiftungsrat der Liechtensteinischen Musikschule für die Mandatsperiode 2016 bis August 2020 bestellt. Neu in das Gremium gewählt wurden der Vorsitzende Marco Ospelt, Vaduz, und die beiden Mitglieder Evelyn Oehri, Mauren, und Martina Tschanz, Triesenberg. Im Amt bestätigt wurden Philipp Dünser, Schaan, und Alois Wille, Balzers.

Die Regierung dankt dem Präsidenten und den neu bestellten Mitgliedern für ihre Bereitschaft, im Stiftungsrat der Musikschule Liechtenstein mitzuwirken, und wünscht ihnen bei der Ausübung ihres Mandats viel Freude und Erfolg.

Der ausscheidenden Präsidentin Christa Eberle sowie den ausscheidenden Mitgliedern Barbara Kindle und Philipp Büchel dankt die Regierung herzlich für die geleistete Arbeit und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute. (ikr)



Bild: ikr

Feierten das Empa-Jubiläum in St. Gallen: Thomas Scheitlin, Stadtpräsident St. Gallen, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer, Empa-Direktor Gian-Luca Bona, Bruno Damann, Regierungsrat St. Gallen, und Fritz Schiesser, Präsident ETH-Rat (v. l.).

Regierungschef-Stellvertreter am Empa-Jubiläum in St. Gallen

ST. GALLEN. Der Standort «Moos» in St. Gallen der Empa (Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt) feierte gestern sein 20-jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass fand ein Festakt mit wissenschaftlichen Vorträgen statt, zu dem Vertreter aus Politik und Wissenschaft geladen waren.

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer vertrat Liechtenstein an diesem Anlass.

Liechtenstein enger Partner

Liechtenstein ist seit vielen Jahren ein enger Partner der Empa, so ist diese beispielsweise ein Kooperationspartner des

Forschungs- und Innovationszentrums «RhySearch», das von St. Gallen und Liechtenstein als Träger geführt wird. Des Weiteren ist die Empa auch ein wichtiger Forschungspartner vieler innovativer Firmen im Liechtensteiner und St. Galler Rheintal. (ikr)

FBP: «Initiative ist nicht das Gelbe vom Ei»

PATRIK SCHÄDLER

VADUZ. Der FBP-Landesvorstand befasste sich am Donnerstag mit der Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer. Gemäss Pressemitteilung bemängelten verschiedene Mitglieder des Landesvorstandes, dass das Modell einmal mehr aussen vor bleibe. «Grundsätzlich wurde die Initiative aber mehrheitlich begrüsst. Es sei zwar nicht das Gelbe vom Ei, so der einhellige Tenor der Befürworter, dennoch ein Schritt in die richtige Richtung», schreibt die FBP.

Kita-Teil stösst auf Akzeptanz

Aus den Voten sei deutlich geworden, dass der Kita-Teil der Initiative auf breite Akzeptanz stösst. Derjenige Teil, der sich mit der Finanzierung des Mutterschaftstaggeldes befasst, wurde von vielen eher kritisch betrachtet. Die Partei befürchtet, dass die heutigen hohen Reserven der Familienausgleichskasse (FAK) dadurch abgebaut werden. Regierungsrat Mauro Pedrazzini hat aber der Versammlung gemäss Mitteilung versprochen, dass er bei einer Annahme der Initiative dem Landtag einen

Gesetzesentwurf vorlegen wird, damit nicht der Staat zahlen muss, wenn die Reserven aufgebraucht sind.

Gegenteil zur Landtagsfraktion

Schlussendlich sprach sich eine Zweidrittelmehrheit des Landesvorstandes für eine Ja-Parole aus. Dies entspricht dem Gegenteil des Stimmverhaltens der FBP-Landtagsabgeordneten in der Juni-Sitzung. Dort haben sich mit Christian Batliner, Alois Beck, Helmuth Büchel, Elfried Hasler, Wendelin Lampert und Eugen Nägele sechs Abgeordnete gegen die Initiative ausgesprochen. Für den Vorstoss der Wirtschaftskammer sprachen sich die vier FBP-Abgeordneten Manfred Batliner, Albert Frick, Rainer Gopp und Johannes Kaiser aus. Der Landtag hat die Initiative schlussendlich mit 13:12 Stimmen – dem knappstmöglichen Ergebnis – gutgeheissen.

Am Montag wird die Wirtschaftskammer ihre Abstimmungskampagne und Argumente präsentiert. Ebenfalls in der kommenden Woche wollen die VU und die Freie Liste ihre Abstimmungsparolen beschliessen.